Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 4 (1963)

Heft: 29

Artikel: Hinter der Ideologie - die Macht

Autor: [s.n.]

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1076884

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

HINTER DER IDEOLOGIE – DIE MACHT

«Ideologisch» werden die Gegensätze genannt, die zwischen der Sowjetunion und China, oder genauer zwischen der KPdSU und KPCh, zur Debatte stehen. Wie steht es damit? Eine Prüfung der Stellungnahmen beider Parteien ergibt auf ideologischem Gebiet überraschend kleine Differenzen, die beidseitig beim Partner noch entstellt werden müssen, damit ein «wesentlicher Unterschied» überhaupt glaubhaft wird. Beide Grossmächte dulden tatsächlich bei ihrer Gefolgschaft grössere und tiefere Abweichungen. So ist die Ideologie vor allem die Ebene, auf welcher nach stillschweigender Uebereinkunft die Auseinandersetzung diskutiert wird, bei der es sich in Wirklichkeit um einen Machtkampf zwischen der Sowjetunion und China handelt. Jede Partei muss ihre Ansprüche mit der Richtigkeit der Lehre begründen; so wollen es die Spielregeln des Totalitarismus. Es ist ein Merkmal der kommunistischen Welt: Wenn die Ideologie zur Debatte steht, wird um Macht gehandelt.

Der Marxismus-Leninismus lehrt, dass der ideologische Ueberbau (Religion, Philosophie, Geschichte, Recht, Politik) den Veränderungen in der materiellen Basis (Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse) mit mehr oder weniger Verspätung folgt. Die Behauptung, dass ideologische Unterschiede ein notwendiger Ausdruck materieller Unterschiede sind, entspricht deshalb der kommunistischen Lehre. Daraus folgt ja beispielsweise auch die Theorie vom Klassenkampf.

Mehr als anderswo muss diese Behauptung natürlich auf jene Träger des ideologischen Ueberbaus zutreffen, die sich selbst dem Marxismus-Leninismus verpflichtet wissen. Sowjetrussland und Rotchina gehören zu den Staaten des kommunistischen Blocks. Die ideologischen Differenzen, die beide Länder gegenwärtig entzweien, sind mit Sicherheit Ausdruck geopolitischer und machtpolitischer Unterschiede.

Diese ideologischen Differenzen sind nicht in erster Linie Ergebnis einer unterschiedlichen Auffassung theoretischer Sätze. Es verhält sich nicht so, dass man etwa auf Grund eingehender Untersuchungen von Lenins Schriften in Moskau und Peking zu anderen Schlüssen gelangt ist. Ansonst könnte man ein echtes Gespräch führen, und der eine Partner könnte den anderen mit besseren Argumenten sachlich überzeugen.

Es verhält sich vielmehr so, dass infolge völlig anderer Voraussetzungen (wirtschaftlicher, aussen- und innenpolitischer Natur) gewisse Probleme von den Sowjetrussen *anders betrachtet werden müssen* als von den Rotchinesen. Die vorhandenen unbestreitbaren Gegensätze «materieller» Natur bewirken daher «ideologische» Differenzen abgeleiteter Art als blossen Ausdruck. Aus diesem Grund ist eine Uebereinstimmung niemals durch «ideologische Konferenzen» zu erzielen; sie wird sich selbsttätig ergeben, sobald einer der beiden Partner die grössere Macht aufgebaut hat und von da an seine Auffassung zwangsweise durchsetzen kann. Dass dem so ist, lässt sich nachweisen.

Die sowjetischen und rotchinesischen Streitschriften (siehe Bibliographie) umfassen zwar mehrere hundert Seiten; der ideologische Unterschied lässt sich aber auf folgende Hauptpunkte zurückführen:

■ **Die Chinesen seien Dogmatiker und würden die Grundsätze zu starr und unbeweglich befolgen.**

■ **Dementsprechend seien die Sowjetrussen Revisionisten und würden Grundsätze zu leichtfertig opfern.**

An sich sind das Begriffe, die ihren Sinn erst vom Inhalt beziehen, der ihnen zugeordnet wird. Daher kann kurz beigefügt werden, dass der gegenseitige Hauptvorwurf in folgendem besteht:

■ **Die Rotchinesen würden die Gefahren eines Krieges unterschätzen — der Papiertiger habe nämlich Atomzähne.**

■ **Die Sowjetrussen dagegen hätten aus ihrer Angst heraus die Koexistenz auch auf die Ideologie ausgedehnt und somit das Ziel der Weltrevolution verraten.**

Hier wird sofort ersichtlich, dass der Konflikt nicht ideologischen, sondern materiellen Ursprunges ist. *Es stimmt nicht, dass die Rotchinesen die Gefahren eines Krieges unterschätzen oder gar einen solchen Krieg vom Zaune brechen möchten.* Dazu wären sie auf Jahre hinaus nicht einmal imstande. *Und es stimmt ebensowenig, dass die Sowjetunion im ideologischen Bereich sich der Koexistenz befleissige; ihre Anstrengungen mit Propaganda und Subversion werden womöglich noch verstärkt.*

Das gleiche kann von den zahlreichen weiteren Vorwürfen gesagt werden, die ausgetauscht worden sind:

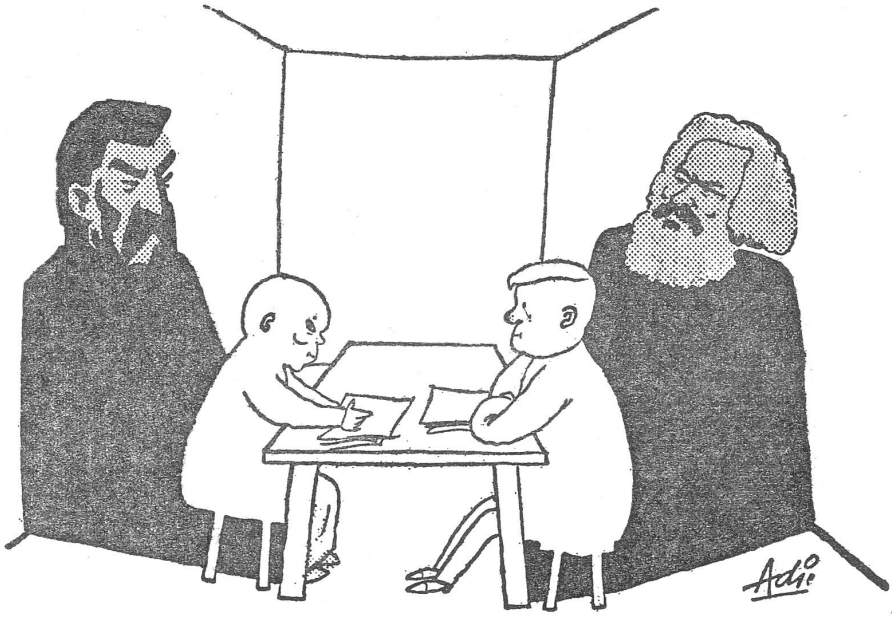
■ Die Sowjetrussen hätten die Lehre des Klassenkampfes missachtet, Bruderparteien unfreundlich behandelt, den revolutionären Kampf der Entwicklungsvölker mangelhaft unterstützt, die Autorität der Führerschaft untergraben, die Regeln des proletarischen Internationalismus verletzt; sie seien schliesslich dem parlamentarischen Kretinismus sowie dem bourgoisen Sozialismus verfallen.

■ Die Rotchinesen dagegen hätten die Sowjetunion in der Kubakrise nicht unterstützt, absichtlich zur Verschlechterung der Atmosphäre beigetragen, sich den Mehrheitsbeschlüssen der kommunistischen Weltbewegung widersetzt, stalinistische Irrlehren und den Personenkult verteidigt, spalterische Tätigkeit entwickelt; sie seien schliesslich völlig wirklichkeitsfremd.

Dieser ideologische Konflikt kann nichts anderes sein als *Ausdruck beträchtlicher materieller Unterschiede.* Diese sind in der eigenartigen Lage Volkschinas zu suchen; ein Land, das weder Fisch noch Vogel ist. Dieses bevölkerungsreichste Land der Welt, das knapp *ein Viertel der Weltbevölkerung in seinen Grenzen* zählt, das über einen gewaltigen Naturreichtum verfügt, dieses Land ist heute noch genau das, als was es seine Gegner bezeichnen: ein *Papiertiger ohne Zähne,* der durch ein Zündholz in Flammen gesetzt wird oder rasch vermodert. Heute ist Rotchina nichts, morgen ist es die wichtigste Nation auf der Welt. Peking möchte rasch in diese Stellung aufsteigen und benötigt dazu eine Wirtschaftshilfe, die es nur von der Sowjetunion erhalten kann.

Diese Tatsache macht den angeblich ideologischen Konflikt erst verständlich. Nur wenn die Sowjetunion gezwungen werden kann, die Verbürgerlichungstendenzen im eigenen Lande abzustoppen, vermag sie Volkschina eine vermehrte Hilfe zu leisten; nur wenn die Kriegsgefahr tatsächlich oder vermeintlich droht, kann die Austerity in Rotchina aufrechterhalten und in der Sowjetunion wieder eingeführt werden.

Unter höchstem Einsatz versucht Peking, Moskau zu dieser Hilfeleistung zu zwingen, als deren Ergebnis schliesslich neben dem Geld auch die Führung nach Rotchina wechseln soll. Der Einsatz könnte nicht höher sein: Die Existenz des Ostblocks steht auf dem Spiel. Deshalb wird ein Kompromiss möglich sein, weil er für beide Teile immer noch billiger ist als der Untergang des Ganzen.



Der ideologische Aspekt in der Karikatur (der jugoslawischen Zeitung «Oslobodenje»): Da/ Treffen im Schatten (von Marx und Stalin).

Trotzdem hat der Konflikt dem Ostblock in einem Ausmass geschadet, wie es nicht vorauszusehen war. Wie konnte es dazu kommen? Idologische Differenzen als Ausdruck anderer Machtinteressen sind nicht neu. Der Fall Jugoslawien ist bereits 15, der Fall Trotzky 35 Jahre alt. Mehr denn je ist es im Konflikt zwischen der Sowjetunion und Volkschina jedoch ein Kampf zweier Mächte von (heute noch) ähnlicher Macht um die Führung, zweier Mächte, die unbesiegbar sind. Daher haben Moskau und Peking die Tendenz, bis aufs äusserste zu gehen, um den Partner zum Nachgeben zu zwingen. Dieses todernste Spiel kann sich sehr leicht der Kontrolle entwinden, besonders wenn die beiden Diktatoren ihre Möglichkeiten zur unvermittelten Kursänderung überschätzen.

Das dürfte im vorliegenden Fall passiert sein. Mao und Chruschtschew haben die Diskussion treiben lassen in der Meinung, sie nötigenfalls sofort abbrechen zu können. Das ist jedoch nicht mehr möglich, seit die Satelliten ihre Sympathien nicht nur bekunden, sondern offenbar — man denke an Rumänien — auch wechseln können. Damit ist der Bildung von Fraktionen Tür und Tor geöffnet, was zuguterletzt an der Existenz des kommunistischen Staatensystems rütteln muss.

Fraglos wird der Konflikt zwar nicht aus der Welt geschaffen, aber überbrückt werden können. Der Preis wird allerdings hoch sein: ein Kopf muss mindestens rollen, der von Mao oder der von Chruschtschew. Noch hat der Führer der Sowjetunion die höheren Chancen; doch bald wird der Führer Rotchinas das bessere Ende für sich behalten können. Wie rasch Köpfe rollen können, hat der Fall Stalins gelehrt.

Nicht im ideologischen, sondern im machtpolitischen Feld wird diese Entscheidung fallen. Sie wird daraufhin «ideologisch» besiegelt werden durch die neuerfundene «Einheit der grossen Bruderparteien, die im Kampf gegen den Imperialismus die Befreiung der Welt anstreben».

GESCHICHTE IM ABRISS

Die moderne Geschichte Chinas beginnt um die Mitte des 19. Jahrhunderts, als während des «Opiumkrieges» (1840—1842) die traditionelle bürokratische und feudale Agrargesellschaft des Jahrtausende alten «Reiches der Mitte» bis dahin geistig, politisch und wirtschaftlich in sich geschlossen zum erstenmal mit der dynamischen, industrialisierten bürgerlichen Gesellschaft des Westens aufeinanderstiess. Dieser Zusammenstoss stellte das 2000 Jahre alte Weltbild des Konfuzianismus und die politische und soziale Struktur des alten China in Frage. Revolutionäre Erschütterungen waren unausbleiblich, weil die entstandenen Spannungen zu gross und zu heftig waren.

Die erste Erschütterung kam mit der «Taiping»-Revolution (1850—1864), die, vom Süden des Landes ausgehend, sich schnell auf grosse Teile Süd- und Mittelchinas ausdehnte. In ihrer äusseren Form noch den herkömmlichen Bauernaufständen gleichend, trug sie doch schon westliche revolutionäre Ideen in sich: pseudo-religiöse Vorstellungen über Volk und Nation und übernommenes Gedankengut aus der französischen Revolution. Im Jahre 1860 drohte die Revolution die bereits brüchige Manchu-Herrschaft zu stürzen, aber die alte Herrschaft vermochte sich nochmals zu behaupten und unternahm einen von vornherein zum Scheitern verurteilten Restaurationsversuch. Die alte Ordnung liess sich vor allem deshalb nicht mehr verankern, weil das konfuzianische System nicht in der Lage war, mit einer völlig veränderten Situation fertig zu werden.

Aeussere Aggression und innere Auflösung arbeiteten Hand in Hand und erreichten in den neunziger Jahren einen Höhepunkt. Der Versuch der jungen chinesischen Literaten, unter der Führung von K'ang Yu-wei eine geistige Reform durchzuführen (1898) und die Grundlehren des Konfuzianismus in die neue Zeit hinüberzuretten, war kein geeignetes Mittel, um der inneren Auflösung und der äusseren Bedrohung Herr zu werden. Der Boxeraufstand (1900), von den Kolonialtruppen unbarmherzig niedergeschlagen, war der letzte Versuch des alten China, sich von der Fremdherrschaft der Kolonialmächte zu befreien.

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts (1905) entstand in Tokio der «Chinesische Revolutionsbund» unter der Führung Sun Yat-sens, des

Mao Tse-tung verliest die Gründungsdeklaration der Volksrepublik China am 1. Oktober 1949.

«Vaters der chinesischen Revolution», als Vorläufer der späteren Nationalen Partei, der Kuomintang. Die Ziele des Revolutionsbundes konzentrierten sich zunächst auf die endgültige Zerschlagung der Manchu-Herrschaft und auf die Gründung einer chinesischen Republik. Die Ideen Sun Yat-sens griffen auf dem chinesischen Festland rasch um sich, und obwohl einige konkrete Putschversuche scheiterten, kam es 1911 zu Erhebungen im ganzen Land. Grosse Teile des kaiserlichen Militärs stellten sich auf die Seite der Revolutionäre, die in der Folge — ohne grosse Kämpfe — die Abdankung der Manchu-Dynastie erreichten. Jedoch waren die Revolutionäre ihrer geschichtlichen Aufgabe nicht gewachsen. Sie hatten die alte Ordnung zerschlagen, ohne gleichzeitig etwas überzeugend Neues an die alte Stelle setzen zu können. Mit der letzten Dynastie des Kaiserreiches war auch der traditionelle Staatsgedanke und das einigende Band, das bisher das grosse Reich und die gewaltigen Menschenmassen zusammengehalten hatte, gefallen.

Japan nützte die Bindung der Westmächte im Ersten Weltkrieg aus und versuchte 1915 mit seinen bekannten «21 Forderungen» das ordnungslose China unter seinen Einfluss zu bringen. Angesichts der japanischen Bedrohung trat China 1917 auf der Seite der Alliierten in den Krieg gegen Deutschland ein, in der Hoffnung, für die späteren Verhandlungen dadurch eine günstigere Ausgangsbasis zu erlangen. Im Versailler Friedensvertrag (1918) wurde China bitter enttäuscht: das ehemalige deutsche Schutzgebiet Kiao-chou und die deutschen Rechte (Handels- und Wirtschaftsprivilegien usw.) in der Provinz Shantung wurden Japan zugesprochen.

«Bewegung vom 4. Mai»

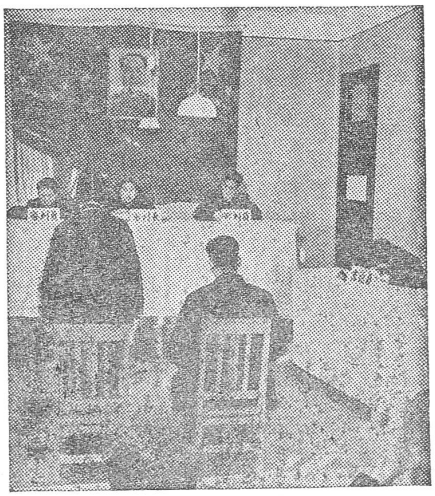
China fühlte sich kompromittiert. Es kam zu heftigen Erregungen im ganzen Land. Am 4. Mai 1919 fanden in Peking Protestdemonstrationen der Studenten statt, denen weitere Studentendemonstrationen im ganzen Land, Arbeiterstreiks und ein allgemeiner Boykott japanischer Waren folgte.

Hinter der «Bewegung» vom 4. Mai stand eine geistig-revolutionäre Bewegung unter der Führung der Intelligenz. Die Bewegung forderte den Kampf nach aussen um die volle nationale Souveränität auf allen Gebieten gegen die Vorrechte und Ansprüche der Fremden und den Kampf im Inneren gegen die alte Ordnung. Auf ihre Fahne hatte sie den Kampf gegen den Konfuzianismus, für die Demokratie, für die Freiheit der Wissenschaften, für die Emanzipation der Frauen und für die «Literarische Revolution» geschrieben. Das geistige und organisatorische Zentrum dieser Bewegung war die Universität in Peking, an der damals Mao Tse-tung gerade Bibliotheksangestellter war und so in den Bann der neuen, revolutionären Ideen geriet. Für den Marxismus zeigte die Bewegung noch kein Interesse. Erst Lenin und die Erfolge der russischen Oktoberrevolution bewiesen den Führern der Bewegung die Anwendbarkeit des Marxismus auf ein rückständiges Agrarland wie China.

Das Beispiel Russlands vor Augen, gründeten im Jahre 1921 einige führende Männer der 4.-Mai-Bewegung die Kommunistische Partei Chinas (KPCh).

Im Jahre 1918 konnte sich die Kuomintang unter Sun Yat-sen konsolidieren und gründete in Kanton eine Gegenregierung zu der von konservativen Militärgouverneuren beeinflussten Pekinger Regierung. Das Regierungsprogramm Sun Yat-sens fusste auf seinen «drei Grundlehren vom Volk»: auf dem nationalen Prinzip der vollen Souveränität, auf dem Prinzip der demokratischen Volksherrschaft und auf dem sozialen Prinzip der Befriedigung der materiellen Bedürfnisse.

Im Bemühen, innerhalb der Kuomintang an Einfluss zu gewinnen, entschloss sich die KPCh 1923/24 zur engen Zusammenarbeit mit der



Die neuen Gesellschaftsformen setzen sich durch: ein Scheidungsverfahren in den frühen fünfziger Jahren.